

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2016)

Heft: 1: Oyasuminasai Beznau!

Artikel: Die japanische Regierung hat aus Fukushima nichts gelernt

Autor: Neidhart, Christoph

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-685368>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die japanische Regierung hat aus Fukushima nichts gelernt

Japan hat bewiesen, dass es auch ohne Atomstrom geht. Nach dem GAU von Fukushima war zeitweise kein einziges AKW am Netz, zuletzt während fast zwei Jahren. Doch die japanische Regierung hält gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit an der Kernenergie fest: Dabei geht es nicht um Versorgungssicherheit und Klimaschutz, sondern vor allem um politische, militärische und kommerzielle Vorteile und Überlegungen.



Von CHRISTOPH NEIDHART

Tokio-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung und des Tages-Anzeigers, neidhartjp@yahoo.co.jp

Es geht kaum um die Versorgungssicherheit, wenn Japan trotz Fukushima weiterhin auf die Kernenergie setzt, und noch weniger um den Klimaschutz. Die zwei Argumente, mit denen die Regierung von Premier Shinzo Abe ihre Energiepolitik rechtfertigt, spielen für ihre Entschlossenheit, möglichst viele der 48 intakten Kernkraftwerke gegen den Willen einer Mehrheit der Japaner wieder anzufahren, eine sekundäre Rolle. Drei Reaktoren hängen bereits am Netz. Sendai I und II auf der Insel Kyushu und seit Ende Januar Takahama 3: letzterer mit MOX, dem Brennstoff-Gemisch aus Uran und Plutonium.

Es ging – auch ohne Atomstrom

Japan hat bewiesen, dass es ohne Atomstrom auskommt – und ohne Einschränkung des Stromkonsums. Zwischen September 2013 und August 2015 war kein einziger Reaktor am Netz, auch in den heißen Sommermonaten nicht, in denen wegen der Klimaanlagen am meisten Strom konsumiert wird. Zudem sinkt die Nachfrage: 2015 verbrauchte Japan

so wenig Strom wie seit 17 Jahren nie. Vor allem die Industrie, für etwa die Hälfte des Verbrauchs verantwortlich, reduziert ihren Bedarf stetig.

Kohle statt Klimaschutz

Wie wenig es ihm ums Klima geht, hat Abe mit der Revision von Japans Klimazielen gezeigt: Bis 2030 will Nippon seinen CO₂-Ausstoss um 26 % verringern. Das ist weniger als Tokio im Kyoto-Protokoll 1997 zusagte. Wenn alle Staaten so wenig zum Klimaschutz beitragen, würde sich die Erde bis zum Ende des Jahrhunderts um 3 bis 4 Grad Celsius erwärmen. Das wäre eine Katastrophe. Japan, einst ein Klima-Pionier, ist zu einem Nachzügler geworden. Zumal die Regierung mit reduzierten Zöllen die Kohle, die das Klima mehr belastet, gegenüber dem Erdgas begünstigt. Mit 114 Millionen Tonnen hat Japan noch nie so viel Kohle importiert wie 2015, fast doppelt so viel wie im Jahre 2000. Zudem sind 40 neue Kohlekraftwerke geplant. Die Einfuhr von Erdgas dagegen geht zurück. Tokio hofft auf die kaum erprobte Technik der CO₂-Speicherung.

Kernkraft versus erneuerbare Energien

Weiter hat Abes Regierung die von ihren Vorgängern eingeführten Einspeisetarife für Solar- und Windstrom reduziert. Und lässt es zu, dass die Strommonopolisten Inhabern grosser Solaranlagen einen Einspeisevertrag verweigern, angeblich aus technischen Gründen. In Wirklichkeit sind diese «technischen Gründe» ein Versuch, Netzkapazität für die AKW zu reservieren. Die weitere Entwicklung der Geothermie, mit der sich angesichts der 108 aktiven Vulkane Japans der gesamte Strombedarf decken liesse, wird von der Atomlobby seit dreissig Jahren unterdrückt.

Der Atomausstieg – nur ein leeres Versprechen?

Als Bundesrätin Evelyn Widmer-Schlumpf im Herbst 2012 Tokio besuchte, versicherte ihr der damalige Premier Yoshihiko Noda, Japan werde schrittweise aus der Kernenergie aussteigen. Damit gab er im Hinblick auf bevorstehende Wahlen dem Druck der Wähler nach. Allerdings hatte er in der gleichen Woche amerikanischen Regierungsvertretern zugesagt, Japan halte an der Kernenergie fest.



Foto: www.opfp.org

Nach dem GAU in Fukushima: Die Mehrheit der Japaner möchte den Atomausstieg.

Das Dilemma der verandelten Atomindustrie

Noda steckte in einem Dilemma. Seine Ausstiegspläne hatten Washington alarmiert. Die wichtigsten amerikanischen Reaktorhersteller Westinghouse und General Electric werden heute ganz oder teilweise von japanischen Unternehmen kontrolliert. Westinghouse gehört Toshiba, die AKW-Tochter von General Electric ist eine Partnerschaft mit Hitachi. Falls Japan aus der Kernenergie aussteige, würde dies die Zukunft der beiden Firmen beeinträchtigen, fürchtet man in Washington. Die Branchenführung dieser auch militärisch wichtigen Technologie könnte an China oder Russland gehen.

Der einstige Verteidigungs- und heutige Regionenminister Shigeru Ishiba wird noch deutlicher: «Ich glaube nicht, dass Japan Atomwaffen braucht. Aber es ist wichtig, dass wir unsere kommerziellen Reaktoren behalten. Sie erlauben es uns, in kurzer Zeit Atom-sprengköpfe zu bauen», sagte er und nannte die AKW eine «stillschweigende Abschreckung». Japan verfügt über 47 Tonnen waffenfähiges Plutonium, als eines von wenigen Ländern darf es abgebrannte Brennstäbe aufbereiten. Sollte es aus der Kernenergie aussteigen, ginge dieses Privileg verloren.

Bei AKW-Ausstieg droht die Pleite

Das andere Motiv Abes, an der Kernenergie festzuhalten, ist kommerziell. Neun der zehn regionalen Stromkonzerne besitzen Atomkraftwerke. Sollten sie diese auf Null abschreiben und ihren Rückbau budgetieren müssen, gingen sie Pleite. Das würde nicht nur die Stromversorgung gefährden. Da ihre Wertpapiere weit gestreut gehalten werden, würde ihre Pleite den Finanzmarkt belasten. Das will Premier Abe, der mit der Energiewirtschaft verbandelt ist und versucht, die Wirtschaft anzukurbeln, unbedingt vermeiden.

Nichts gelernt

Der japanische Staat hat aus Fukushima nichts gelernt, er hält an der Kernkraft fest wie am Walfang, einem anderen Anachronismus und begünstigt die Kohlekraft gegenüber erneuerbaren Energien. Auch deshalb, weil Kohlekraft, anders als Solarenergie, nur von grossen Stromfirmen produziert werden kann. Selbst die beschlossene Entkoppelung von Stromproduktion und Netzbetreibern droht verwässert zu werden. Abes Regierung tut alles, die gegenwärtigen Elektrizitätsfirmen am Leben zu erhalten.

Die Energiewende kommt – aber von unten

Ganz anders das Volk, viele Firmen und Gemeinden. Gespart wird zwar noch wenig: Die Häuser sind schlecht isoliert, viele Japaner lassen die Motoren ihrer geparkten Autos stundenlang laufen: für die



Die Energiewende wird in Japan von unten kommen: Im Bild eine grosse Solarstromanlage in Nagasaki zwischen Friedhof und Chuo-Autobahn mit einer Leistung von 1,2 MW.

Klimaanlage. Dafür sind viele Japaner offen für Innovationen: Wer durch die Provinzen fährt, stösst auf immer mehr grosse Sonnenkollektoren-Anlagen. Auch auf den Dächern von Privathäusern tauchen stets mehr Sonnenzellen auf. Fukushima hat das Misstrauen gegenüber der Regierung und den Strommonopolisten geschürt. Die Energiewende wird in Japan von unten kommen – vielleicht schneller als erwartet.

Premier Abe ruft oft dazu auf, Japan müsse wieder eine Führungsrolle in der Welt übernehmen. Kein Bereich eignet sich dazu so sehr wie die künftige Energie-Revolution. Japans Forschung und Industrie verfügen über die Kapazitäten dazu. Nippon war einst Marktführer der Photovoltaik, hat seinen Vorsprung aber an China und andere Länder verloren. Tokios beste Chance für eine Führungsrolle wäre, Japan zu einem Modell der Postcarbon-Gesellschaft zu machen. Doch Abes Regierung bremst die Energiewende, statt sie zu fördern. <

Vom Mythos der sicheren Atomenergie

Die Regierung von Japan war einst weltweit ein Pionier des Energiesparens – im 18. Jahrhundert. Zur Beschränkung des Brennholzverbrauchs galten in Japans Grossstädten damals strenge Bauvorschriften. Auch der über tausend Jahre staatliche Zwang zum Vegetarismus erklärt sich eher mit dem Schutz beschränkter Ressourcen als mit dem Buddhismus, mit dem das Fleischverbot begründet wurde. Viehzucht beansprucht Agrarland, das Nippon für den Reisanbau brauchte.

In der Gegenwart dagegen war Energiesparen nie ein Ziel der Politik. Während die Industrie aus wirtschaftlichen Gründen ihre Effizienz schon lange optimiert, haben die Elektrizitätswerke bis Fukushima sogar für mehr Stromverbrauch geworben. Auch die Klimaziele von Kyoto sollten nicht mit Sparen erreicht werden, sondern mit mehr Kernkraft. Bis 2030 hätte der Anteil des Atomstroms auf 50 Prozent steigen sollen. Die AKW waren absolut sicher, so der Mythos, den Politik und Energiekonzerne wider besseren Wissens predigten. In Wirklichkeit genügten die damaligen Sicherheitsnormen den internationalen Standards nicht – auch die neuen, strengeren Vorschriften tun das noch nicht, wie die Internationale Atombehörde IAEA im Januar festhielt.